

Juni 2013

Sehr geehrtes Mitglied,

in der Juni-Ausgabe des vierteljährlich erscheinenden Rundbriefs des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments finden Sie nicht nur Informationen und Neuigkeiten über Veranstaltungen und Programme des Vereins, sondern auch interessante Artikel zu aktuellen Themen in Europa, wie beispielsweise zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger.

Lassen Sie mich jedoch zunächst all die Kollegen würdigen, die nach Brüssel gereist sind, um an unserer Generalversammlung am 5. Juni teilzunehmen, sowie all diejenigen, die eine Abstimmungsvollmacht erteilt haben. Im Namen des neu gewählten Vorstands möchte ich unserer scheidenden Kollegin, Frau Sudre, für ihren persönlichen Beitrag während ihrer Amtszeit danken. In dieser Ausgabe finden Sie Einzelheiten zur neuen Zusammensetzung des Vorstands – sowohl zu neu gewählten als auch im Amt bestätigten Mitgliedern. Zu guter Letzt möchten wir dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, dafür danken, dass er an unserem jährlichen gemeinsamen Mittagessen teilgenommen hat, wodurch er seiner Unterstützung für unseren Verein und alle Mitglieder Ausdruck gegeben hat.

Am 4. Juni kamen wir in unserem Gedenkgottesdienst zusammen, um der Kollegen zu gedenken, die im letzten Jahr verstorben sind. Wir würdigen insbesondere die Familienangehörigen der ehemaligen Parlamentsmitglieder Holzfuß, Gala, Lane und Stenmarck, die freundlicherweise unsere Einladung angenommen haben, diesen Moment des Gedenkens mit uns zu verbringen. Auch die ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments, Nicole Fontaine, war zugegen und hielt eine berührende Abschlussrede.

Es hat uns sehr gefreut, Cecilia Malmström, Kommissarin für Inneres, bei unserem Abendessen mit Diskussion als Gastrednerin begrüßen zu dürfen, die das Thema „Grenzen erhalten. Offenheit erhalten“ („Maintaining borders. Maintaining Openness“) wählte. Wie immer war ihre Rede äußerst anregend und weckte großes Interesse bei den Anwesenden. Den gesamten Text können sie auf der Website des Vereins einsehen: www.formermembers.eu.

Wir danken all denjenigen, die zur Finanzierung unseres Programms „EP to Campus“ und unserer Initiative „Global Democracy“ beigetragen haben.

Dieses Jahr wird uns unsere kurze Studienreise am 25. und 26. Juni nach Straßburg zur Parlamentarischen Versammlung des Europarats und zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) führen. Wir werden den Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung, Wojciech Sawicki, und den Richter Luis López Guerra, spanisches Mitglied des EGMR, treffen dürfen. Durch den Beitrag von Wojciech Sawicki werden wir mehr über die Rolle und die Herausforderungen für die Versammlung erfahren. Zusätzlich zum Besuch der beiden Institutionen werden einige Mitglieder die Gelegenheit bekommen, den europäischen öffentlich-rechtlichen Kulturkanal ARTE zu besuchen.

Lassen Sie mich abschließend daran erinnern, dass die nächste Studienreise vom 28. September bis zum 6. Oktober nach Tunesien führen wird. Die Delegation von 25

Mitgliedern wird die Gelegenheit haben, wichtige tunesische Akteure aus Regierung, Fraktionen und Zivilgesellschaft sowie Universitätsstudenten zu treffen.

Ich hoffe, Sie genießen den abwechslungsreichen Inhalt der Juni-Ausgabe unseres Rundbriefs.

In freudiger Erwartung, meine Arbeit für den Verein im kommenden Jahr fortzuführen, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Pat COX

Vorsitzender des VEM

In Memoriam Jean-Claude Pasty

Jean-Claude PASTY, geboren am 15. Juni 1937 in Luçon im Département Vendée, verstarb am 21. Februar 2013. Jean-Claude PASTY war Absolvent des Pariser Instituts für politische Studien (IEP) und ehemaliger Student der École Nationale d'Administration. Von 1968 bis 1973 war er als Fachberater für die gaullistischen Minister Robert Boulin, Bernard Pons und Jacques Chirac, insbesondere während dessen Amtszeit als Minister für Landwirtschaft, tätig. Von 1973 bis 1978 war er Direktor für soziale Angelegenheiten im Ministerium für Landwirtschaft und zog dann als Abgeordneter der Gaullisten des Départements Creuse in die französische Nationalversammlung ein. Später wurde er in den Regionalrat des Limousin und den Generalrat des Départements Creuse gewählt. 1984 wurde er Mitglied des Europäischen Parlaments. Im Europäischen Parlament war Jean-Claude PASTY zunächst Mitglied der Fraktion der Sammlungsbewegung für Europäische Demokraten unter dem Vorsitz von Christian de La Malène, wurde 1994 Fraktionsvorsitzender und war später auch Vorsitzender der Fraktion Union für Europa. Von 1999 bis 2010 war er Mitglied des französischen Wirtschafts- und Sozialrats und dort ab 2004 Vorsitzender des Ressorts Auswärtige Angelegenheiten. Jean-Claude PASTY zeichnete sich durch seine geistreiche und offene Art und seine Entschlussfreude aus und war ein Mensch von ausgesuchter Höflichkeit. Er wird uns als überzeugter Europäer und als vorbildlicher Parlamentarier in Erinnerung bleiben, der zu seinen Überzeugungen stand.

Pierre LATAILLADE

Sehr geehrter Herr Vizepräsident,

für Ihr Schreiben, in dem Sie mich über das von der Europäischen Vereinigung ehemaliger Abgeordneter der Mitgliedstaaten des Europarates (FP-AP) veranstaltete Kolloquium, das am 2. November 2012 in Malta zum Thema „Unterstützung der Prozesse des demokratischen Übergangs im südlichen Mittelmeerraum sowie im Nahen und Mittleren Osten“ stattgefunden hat, in Kenntnis setzen, bedanke ich mich. Mit großem Interesse habe ich die Abschlusserklärung gelesen; Ihre Analyse der Entwicklungen in der Region teile ich weitestgehend.

Im Zusammenhang mit den im Rahmen der Erklärung vorgelegten spezifischen Empfehlungen möchte ich die Gelegenheit nutzen, um Ihnen einige Gedanken darzulegen, wie das Europäische Parlament als Ganzes und ich persönlich als sein Präsident die Rolle unseres Organs verstehen, was den Umgang mit verschiedenen Aspekten der dringend

benötigten EU Unterstützung für den Wandel, der sich in unserer südlichen Nachbarschaft vollzieht, betrifft.

Insbesondere begrüße ich, dass im ersten Vorschlag der Erklärung anerkannt wird, dass es für Europa notwendig ist, jede Anstrengung zu unternehmen, um den Übergangsprozess mit einer intensiven wirtschaftlichen Unterstützung zu untermauern. Als Präsident des Europäischen Parlaments war ich stets darauf bedacht, dafür zu sorgen, dass die Europäische Union – sowohl in ihrer Reaktion auf die interne Situation als auch im Verhältnis zu den Partnern in unserer Nachbarschaft und darüber hinaus – niemals das Gründungsziel aus den Augen verliert, das in den Verträgen mit den Worten „eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt,“ festgelegt ist.

Dem Europäischen Parlament ist es gelungen, sicherzustellen, dass die Europäische Kommission effektive Mechanismen zur umfassenden wirtschaftlichen Unterstützung für Länder, die sich in einer Phase des Übergangs befinden, einrichtet, darunter die schrittweise Öffnung des EU-Markts und Programme zur Steigerung der Mobilität. Im Rahmen meines Mandats als Präsident der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum habe ich der politischen Dynamik Nachdruck verliehen, damit konkrete Projekte, durch die dazu beigetragen werden kann, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigungsmöglichkeiten in der gesamten Europa Mittelmeer Region zu sichern, durchgeführt werden. In meinen Augen handelt es sich dabei um eine tatkräftige Verwirklichung der Forderung nach einem starken Engagement des Europäischen Parlaments und der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum, den derzeitigen Übergangsprozess konkret zu unterstützen und die Partnerschaft Europa Mittelmeer zu intensivieren, damit auf diese Weise das Umsetzungsdefizit zwischen Worten und Taten – wie es in der Erklärung von Malta heißt – überwunden wird.

Das Europäische Parlament ist eng in den ENP-Überprüfungsprozess eingebunden; Mitglieder des Europäischen Parlaments haben an Tasks Forces teilgenommen, die die EU mit wichtigen Partnerländern, die sich in einer Phase des Übergangs befinden, einberufen hat. Wahlbeobachtungsdelegationen des EP haben die Wahlen in Tunesien, Algerien und Jordanien begleitet; weiter hoffen wir, bei den bevorstehenden Wahlen in Ägypten erstmalig anwesend sein zu können. Infolge der wiederholten und unmissverständlichen Forderungen von Mitgliedern des Europäischen Parlaments hat die EU das Amt eines Sonderbeauftragten für Menschenrechte und Demokratie ins Leben gerufen und unseren ehemaligen Kollegen, Stavros Lambrinidis, für dieses Amt benannt. Das EP hat eine entscheidende Rolle dabei gespielt, den Europäischen Fonds für Demokratie (EFD) einzurichten, und es wird diese Aufgabe auch weiterhin wahrnehmen, nicht zuletzt mithilfe derjenigen Mitglieder des Europäischen Parlaments, die im Exekutivausschuss und im Aufsichtsrat des EFD vertreten sind.

Wie aus den vorstehend genannten Beispielen hervorgeht – und diese stellen kein vollständiges Verzeichnis unserer Tätigkeit auf diesem Gebiet dar – setzt das Europäische Parlament die in der Erklärung von Malta vorgebrachten Vorschläge durch sein politisches Engagement nach wie vor in die Tat um. Darüber hinaus hat das Europäische Parlament beschlossen, seine eigene, einzigartige Fachkompetenz bereitzustellen, um den Transformationsprozess, der sich in der MENA-Region vollzieht, zu unterstützen.

Intern hat das Europäische Parlament seine institutionellen Kapazitäten umstrukturiert, so dass eine Reihe wichtiger Beteiligter innerhalb des Parlaments und ihr Fachwissen eingebunden werden. So ist nunmehr innerhalb des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten eine Beobachtungsgruppe für die Lage im südlichen Mittelmeerraum gebildet worden. In unserer Verwaltung haben wir innerhalb der Generaldirektion Externe Politikbereiche eine neue Direktion für Demokratieförderung eingerichtet. Da Sie am 11. Juli 2012 bei der Sitzung der Koordinierungsgruppe Demokratieförderung und Wahlen, in deren Rahmen die Struktur dieser neuen Direktion vorgestellt wurde, persönlich zugegen waren, werden Sie die Bedeutung und das Potenzial dieser Änderungen zu schätzen wissen.

Die vorstehend aufgeführten Faktoren sind eine Beleg dafür, dass das Europäische Parlament die Schlussfolgerungen der Erklärung von Malta, die Sie und die Präsidentin der FP-AP, Mechthild de Jong, uns haben zukommen lassen, uneingeschränkt teilt; wir werden uns auch künftig in diesem Sinne einsetzen, genau so wie wir uns bislang dafür eingesetzt haben. Dieses Engagement, das wir im Namen der europäischen Bürger eingegangen sind, gründet auf unseren Überzeugungen und auf der tief empfundenen Pflicht, aufkommende Demokratien zu unterstützen und zu verteidigen.

Gestatten Sie mir zum Abschluss, meiner Hoffnung Ausdruck zu verleihen, dass es den ehemaligen Mitgliedern der jeweiligen Parlamente der Mitgliedstaaten des Europarates, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und des Europäischen Parlaments gelingen wird, ihr Fachwissen in einer Anstrengung zu bündeln, um den Ländern in der MENA-Region, die einen demokratischen Wandel durchlaufen, – wie in der Erklärung empfohlen – Unterstützung anzubieten. Für dieses Unterfangen, das meiner Überzeugung nach das Handeln Europas in Bezug auf den Wandel in seiner südlichen Nachbarschaft um ein Vielfaches bereichert und der Sache der Demokratie zugute kommt, wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Schulz

Wir sind Europa! Gedanken zum Jahr 2013

Wir

feiern in diesem Jahr das 55-jährige Bestehen des Europäischen Parlament: Es ist nicht nur gewachsen, sondern auch erwachsen geworden! Und es ist mehr denn je in der Lage, die Bürgerinnen und Bürger für ihre Bürgerrechte zu sensibilisieren:

Wir

alle – Sie und ich – sind zudem vor 20 Jahren Unionsbürger geworden. Es gab kaum einen besseren Moment, als nun – ein Jahr vor der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament in 2014 - 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger auszurufen!

Wir

erkennen heute viele Fortschritte, aber auch zahlreiche "Haltestellen": Die entsprechenden Vertragsänderungen unterstreichen jedoch die Entwicklung zu einer immer tieferen Union. Herausragend dabei ist sicher der Maastrichter Vertrag von 1993 mit der Gründung der Europäischen Union.

Wir

sind dankbar – denn es war ein oft überraschend fröhlicher Weg, vom friedlichen Gemeinsinn getragen, dass kriegerische Auseinandersetzungen in Europa der Vergangenheit angehören! Aber es war auch ein teilweise steiniger Weg, der schließlich erfolgreich Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu denen brachte, die bisher kommunistisch regiert wurden.

Wir

freuen uns – denn einst verfeindete europäische Staaten gestalten heute gemeinsam ihre Politik in vielen Bereichen. Die Verwerfungen durch die bedrohliche Finanzkrise der letzten Jahre wurden durch gemeinsames Handeln recht gut bewältigt; die Lehren daraus bringen hoffentlich neues Denken und Handeln!

Wir

– die Bevölkerung aus den jetzt 27 Mitgliedstaaten – und ab 1. Juli 2013 mit Kroatien aus 28 Mitgliedstaaten – leben heute kontinuierlich in Frieden und Freiheit.

Wir

alle profitieren von dem freien Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr in Europa, fokussieren uns auf die stetige Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen und bauen weiter an dem „engeren Zusammenschluss der europäischen Völker“, wie in der Präambel festgehalten.

Wir

reisen, tauschen uns aus, arbeiten und studieren im Europa ohne Grenzen – wir erfahren die europäischen Gemeinsamkeiten im Alltag und der Kultur .

Wir

dürfen uns jedoch nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen und müssen uns einer konstruktiven Kritik offen und ehrlich stellen: Quo vadis Europa?

Wir

kritisieren viel: Brüssel ist noch zu weit weg; es gibt keine gemeinsame Europa-Wahlliste; die Europäische Kommission wird nicht direkt gewählt; die Bürokratie ist überbordend; Souveränität und Subsidiarität bedürfen der Nachbesserung.

Wir

wollen es wissen:

Wie steht's mit der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einer Steuerpolitik? Mit der Aufnahme der Türkei? Warum zwei Parlamentsstandorte, Straßburg und Brüssel? Wie geht die EU mit der bedenklichen Jugendarbeitslosigkeit um? Wie mit den Haushaltsdefiziten? Wie mit drohenden Austritten aus der Eurozone oder gar aus der EU? Wie sieht die Trinkwasserpolitik aus? Die Sicherheit auf den Meeren? Die Umweltpolitik? Die Lebensmittelsicherheit; mit unseren Verbraucherrechten? Wie die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung? Die akademische und berufliche Europa-Qualifikation? Wie die soziale Sicherheit? Die Energiepolitik einschließlich der Windenergie? Die Struktur der Transeuropäischen Netze?

Wir

finden die richtigen Antworten – das kann ich aus eigener Erfahrung sagen! Vorausgesetzt:

Wir

nehmen teil am politischen Dialog: Dazu gehören ein gesundes Allgemeinwissen von Europa und der Auftrag, Europa zu entdecken, zu erleben und zu leben! Auf EU-, nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Wir können (seit dem Vertrag von Lissabon 2009) auch eine Europäische Bürgerinitiative starten, zu der es 1 Million Unterschriften aus verschiedenen Mitgliedstaaten bedarf!

Wir

bauen mit an der „Europa 2020-Wachstums-Strategie“ - und spätestens bei der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament 2014 wissen wir, ob die „Sensibilisierung der Bürger/Innen“ in 2013 gelungen ist.

Wir

alle können einen Beitrag leisten. Nutzen wir es und gestalten Europa, ganz besonders in diesem Jahr!

Brigitte LANGENHAGEN
EPP-ED, Germany (1990-2004)

Den Wandel bewältigen

Am 1. Juli übernimmt Litauen den Vorsitz des Rates der Europäischen Union. Gemeinsam mit anderen mitteleuropäischen und den baltischen Ländern wurde das Land 2004 EU-Mitglied und kann als neues Mitglied der Europäischen Gemeinschaft angesehen werden, auch wenn der litauische Staat selbst auf eine tausendjährige Geschichte zurückblickt.

Der Name Litauens (Lituae) wurde 1009 in der Abteichronik Quedlinburg (Sachsen, Deutschland) erstmals erwähnt. Im 14. Jahrhundert war das Großherzogtum Litauen (Magnus Ducatus Lithuaniae) mit Gebieten des heutigen Belarus, der Ukraine sowie Teilen Polens und Russlands das größte Land in Europa. Das Litauische Statut wurde 1529 angenommen, und hierin wurden alle Rechtsvorschriften des Großherzogtums Litauen aufgenommen – erstmals in Europa und eine Art mittelalterliche Version des gemeinschaftlichen Besitzstands. Im 16. Jahrhundert wurde sodann die Republik Polen-Litauen gegründet, die über 200 Jahre eines der größten und bevölkerungsreichsten Länder im Europa des 17. Jahrhunderts war. Die strategische Position Litauens zwischen Ost und West spielt geopolitisch eine wichtige Rolle und bestimmte seine schwierige Geschichte und das Erfordernis, seine Unabhängigkeit zu verteidigen.

Unlängst hat Litauen im März 1990 nach 50 Jahren Besetzung durch die Sowjetunion seine Unabhängigkeit wiedererlangt und in kurzer Zeit mit Erfolg ehrgeizige marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt, um EU-Mitglied zu werden.

Heute ist Litauen eine wachsende moderne Wirtschaft mit der Hauptstadt Vilnius, deren Altstadt zum UNESCO-Kulturerbe zählt, mit unberührter Natur, Urlaubsorten und Palästen an den schönsten Orten in ganz Litauen und einem lebhaften Kulturleben. An verschiedenen Veranstaltungsorten in Brüssel, insbesondere im BOZAR, Flagey und in den litauischen Vertretungen in der ganzen Welt werden die Kultur und Kunst Litauens vorgestellt.

Das Wirtschaftswachstum wurde im letzten Jahrzehnt nur einmal unterbrochen, nämlich 2009; allerdings kam das Land ein Jahr später wieder in Schwung, und die Wirtschaft wuchs 2012 um 3,6 %, dies bei einem nachhaltig gemäßigten Haushaltsdefizit sowie einer

Wettbewerbsfähigkeit, für die ein zunehmender Anteil an dem Weltausfuhrmarkt spricht. Es besteht die Hoffnung, dass das Land im Jahr 2015 der Eurozone beitreten kann. Das Hauptanliegen der Wirtschaftspolitik besteht darin, Wege aufzutun und Mittel zu erschließen, damit alle Bürgerinnen und Bürger die neu geschaffenen Möglichkeiten nutzen können.

Die Prioritäten des litauischen Ratsvorsitzes sind auf die Kompetenz des Landes bei der Bewältigung des Wandels und der Herausforderungen der EU-Politik gegründet – Konsolidierung der Reformen und Abschluss der Vorbereitung des mehrjährigen Finanzrahmens für den EU-Haushalt 2014–2020, um Wachstum, Stabilität und die Anpassung der EU-Politikbereiche an einen neuen weltweiten Rahmen zu fördern:

Energiepolitik, die Vollendung des Energie-Binnenmarkts zur Steigerung der Energieeffizienz und eine bessere Koordinierung der EU-Energiepolitik, um nach außen mit einer Stimme zu sprechen;

Effiziente Sicherung der EU-Außengrenzen, eine engere Zusammenarbeit der Grenzschutzbehörden, um die Sicherheit zu gewährleisten und die Integrität des Binnenmarks zu erhalten;

Effiziente Umsetzung der Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum einschließlich der Durchführung des vierten jährlichen Stakeholder-Forums; der Ostseeraum mit seinen qualifizierten Arbeitskräften, gut entwickelten Forschungseinrichtungen und seinem guten Kommunikationssystem bildet ein natürliches Konglomerat für neues IT-basiertes Wirtschaftswachstum in der EU, und die aktuelle Politik hat einen Spill-over-Effekt, der Wachstum in anderen Regionen stimulieren kann.

Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst und Ausrichtung des Gipfeltreffens der Östlichen Partnerschaft im November 2013: weitere Heranführung der Länder der Östlichen Partnerschaft an die EU; Erarbeitung einer Übersicht über den gemeinschaftlichen Besitzstand für die EU-Nachbarländer, um die Stabilität zu erhöhen, den Umweltschutz zu verbessern und den Handel zu erleichtern.

Litauen ist selbstverständlich bereit, für die reibungslose Arbeit des Rates und die Kontinuität seiner Tätigkeit zu sorgen, wobei es als ehrlicher Vermittler agiert.

Margarita STARKEVICIUTE
ADLE, Lithuania (2004-2009)

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates als Motor für Menschenrechte und Demokratie in einem größeren Europa

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) mag weniger bekannt oder einflussreich als das Europäische Parlament sein, jedoch wenn es um darum geht, Hinrichtungen in Europa zu beenden, ehemals kommunistischen Ländern (heute den Ländern des Arabischen Frühlings) auf dem Weg zur Demokratie zu helfen oder die Beilegung von Konflikten zu unterstützen, hat sie ihre satzungsmäßigen Befugnisse in vollem Umfang ausgeschöpft, so Wojciech Sawicki, Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) gehören 318 Frauen und Männer aus den Parlamenten der 47 Mitgliedstaaten des Europarates an, die die politischen Anschauungen eines größeren Europa vertreten, das weit über die EU hinaus reicht. Viermal jährlich finden in Straßburg wochenlange Plenartagungen statt; heutzutage vertritt die Versammlung 800 Millionen Europäer, und bisweilen wird sie als „demokratisches Gewissen eines größeren Europa“ bezeichnet.

Im Unterschied zum Europäischen Parlament verfügt die Parlamentarische Versammlung des Europarates über keine verbindlichen Befugnisse, jedoch ist sie seit der Gründung im Jahre

1949 bestrebt, ihren satzungsmäßigen Befugnissen in größtmöglichem Umfang Geltung zu verschaffen. Die Versammlung verfügt über unterschiedliche Einflussmöglichkeiten.

Zum einen kann sie die 47 Regierungen des Europarates zum Handeln auffordern, die gemeinsam über das Ministerkomitee Antworten erteilen müssen, so dass in der Versammlung neue Ideen vorangebracht werden und sie als „Motor“ der gesamten Institution fungiert. Sie richtet Anfragen zu beliebigen Themen an Präsidenten und Premierminister und hält diese dazu an, Rechenschaft über ihre Menschenrechtsbilanz abzulegen und demokratische Standards einzuführen und zu wahren. Diese Kontrollbefugnisse können auch auf weitere internationale Gremien ausgeweitet werden: sämtliche Auswirkungen von Maßnahmen der Vereinten Nationen, WHO, NATO und FIFA auf die Menschenrechte bildeten unlängst den Gegenstand von Berichten der Versammlung.

Als zweites kann die Parlamentarische Versammlung des Europarates Untersuchungen durchführen, die im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen neue Erkenntnisse zutage fördern. Die Enthüllungen kritischer Berichte – beispielsweise über geheime Haftanstalten der CIA und den Handel mit menschlichen Organen in Kosovo – erzeugten weltweit Schlagzeilen, gaben Anlass zu öffentlicher Entrüstung und leiteten nationale Untersuchungen ein.

Durch einen geschickten Einsatz des Vetorechts gegenüber neuen Mitgliedern erwies sich die Parlamentarische Versammlung des Europarates drittens in der Lage, die Beitrittsbedingungen für Staaten, die dem Europarat beitreten, auszuhandeln. Die Versammlung hat die Voraussetzungen der Mitgliedschaft, insbesondere nach 1989 im Zuge der Erweiterungsrunde für osteuropäische Staaten, festgelegt, indem sie diese Staaten dazu verpflichtet hat, vor dem Beitritt grundlegende Änderungen (wie beispielsweise die Abschaffung der Todesstrafe) zuzusagen. Das in der Versammlung angewandte „Überwachungsverfahren“, dem derzeit zehn Mitgliedstaaten unterliegen, unterstützt diese dabei, ihren Versprechen im Hinblick auf die Einhaltung höchster demokratischer Standards nachzukommen. Durch wiederholte Besuche, kontinuierliche Dialoge und regelmäßige Berichte wird sichergestellt, dass ein Staat Fortschritte erzielt und Probleme dabei einer ehrlichen Bewertung unterzogen werden.

Viertens kann die Parlamentarische Versammlung des Europarates Impulse für die Verabschiedung neuer Gesetze verleihen, indem sie Stellungnahmen zu neuen Übereinkommen – oder multilateralen Verträgen – vorschlägt oder abgibt, die im Rahmen des Europarates ausgearbeitet werden. Die Versammlung gab den Anstoß für zahlreiche innovative und weitreichende Konventionen der Institution, angefangen bei der Europäischen Menschenrechtskonvention selbst, deren Entwurf von der Versammlung in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ausgearbeitet wurde. Jedoch sind seit dieser Zeit zahlreiche weitere Übereinkommen verabschiedet worden, darunter die Europäische Sozialcharta, das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und ein Übereinkommen zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt, um nur einige zu nennen.

Darüber hinaus kann die Versammlung Rechtsgutachten zu den Gesetzen und Verfassungen von Mitgliedstaaten beantragen, indem diese an die Venedig-Kommission des Europarates verwiesen werden; sie wählt die Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und beobachtet Wahlen in vielen Mitgliedstaaten.

All dies stellt eine beträchtliche Erfolgsbilanz dar, in deren Zuge zahlreiche vormals kommunistische Länder auf ihrem Weg hin zur Demokratie unterstützt, fortschrittliche nationale Rechtsvorschriften in Gang gebracht und die Beilegung von Konflikten sowie die Aussöhnung gefördert werden. Dieses erfolgreiche „Modell“ wird nunmehr auf die Nachbarregionen ausgeweitet, insbesondere seit dem Arabischen Frühling: Der neue Status „Partner für Demokratie“, der den Parlamenten in Nordafrika und Zentralasien offensteht, beginnt erste Früchte zu zeitigen.

Das Mandat der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ist zwar begrenzt, dennoch war seit ihrem sechzigjährigen Bestehen ihr Einfluss im Hinblick auf Menschenrechte und Demokratie oftmals ausschlaggebend; sie vertritt weiterhin die zentralen Werte, die die europäische Identität prägen.

Wojciech Sawicki

Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

RUSSLAND DURCH UNKLARE MACHTNACHFOLGE ERSCHÜTTERT

Die Stabilität der russischen Gesellschaft gibt nach der Rückkehr Wladimir Putins als Präsident zunehmend Anlass zur Sorge. Es ist zu massiven öffentlichen Protesten gekommen, bei denen der Kreml beschuldigt wurde, die Dumawahlen 2011 manipuliert zu haben. Die Stabilität wird darüber hinaus durch den Kampf der regierenden Elite um Macht und Geld bedroht.

Putin hat in den beiden Strukturen, die seine Macht stützen – Militär und Gasmonopol – Rückschläge erlitten. Er musste Verteidigungsminister Anatoli Serdjukow und Generalstabschef Nikolai Makarow entlassen, da ihre notorisch rationalen Reformen des Verteidigungssektors auf Kritik stießen. Durch den Erwerb von TNK-BP wurde der Öriese Rosneft zum größten Ölproduzenten weltweit. Sein Vorstandsvorsitzender Igor Sechin ist nun sowohl für Putin als auch für Gazprom eine Hausforderung – beide sind mit Problemen auf einem sich radikal verändernden Energiemarkt konfrontiert.

Parallel zu dieser Entwicklung ist es in den russischen Außenbeziehungen zu dramatischen Änderungen gekommen, die offenbar mehr von den landesinternen politischen Bewegungen abhängig sind.

Die wichtigste Ursache der Instabilität, die ungelöste Nachfolgeregelung für das Amt des Präsidenten, muss angegangen werden. Derzeit gibt es keine institutionellen Regelungen, die sicherstellen, dass eine Entscheidung auf der Hand liegt, wenn ein Präsident gefunden werden muss

* * *

Dmitri Trenin vom Moskauer Carnegie-Zentrum behauptet (Foreign Policy, 1. Februar 2013), dass sich das Wahljahr nicht nur auf die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen den USA und Russland ausgewirkt habe, sondern dass dieser Wandel lange anhalten werde. Er führt zudem aus, dass die „Invasion“ der exklusiven Welt der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Russland durch russische Politiker dazu geführt habe, dass weder Inhalt noch Struktur der bilateralen Beziehungen mehr identifiziert werden könnten.

Putin hat das amerikanische Außenministerium beschuldigt, sich wegen der Massenproteste gegen die Dumawahlen in die russische Politik einzumischen. Antiamerikanische Rhetorik ist nun offenbar ein ganz entscheidender Bestandteil des amtlichen russischen Patriotismus. Für Präsident Barack Obama werden die Gespräche mit Russland über die Nichtverbreitung von Kernwaffen kein leichtes Unterfangen werden.

* * *

Auch die politischen Beziehungen zwischen der EU und Russland haben einen Tiefpunkt erreicht. Auf dem Gipfeltreffen im vergangenen Dezember hat sich gezeigt, dass ein neues Kooperationsabkommen, durch das der Weg für Freihandel, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und gemeinsame Regelungen für den Energiemarkt geebnet wird, in Sicht

ist. Angesichts der weitreichenden Handelsbeziehungen zwischen den beiden Seiten ist dies paradox.

Darüber hinaus macht das für Handel zuständige Mitglied der EU-Kommission Karel De Gucht geltend, dass Russland nach seinem Beitritt zur Welthandelsorganisation bereits neue Beschränkungen auferlegt habe, anstatt seine Einfuhr- und Ausfuhrpolitik an die WTO-Bestimmungen anzupassen.

Darüber hinaus hat die EU-Kommission eine kartellrechtliche Untersuchung von Gazprom genehmigt, was Russland als einen Angriff auf seine Souveränität wertet. Putin beschuldigt die EU, Russland die Bürde der Subventionierung seiner Wirtschaft mit kostengünstiger Energie aufzuerlegen, "indem ein Handelskrieg mit Gazprom" begonnen werde.

Die Kommission folgt ihrer internen Logik und diese Logik wird durch wirtschaftliche Überlegungen bestimmt. Bei Gazprom handelt es sich um einen schwierigen externen Lieferanten, der sich nicht an die internen Bestimmungen der EU halten will. Weder die Vereinigten Staaten noch China haben aus vergleichbaren kartellrechtlichen Maßnahmen gegen Microsoft oder chinesische Unternehmen wegen des Dumpings von Solaranlagen eine politische Causa gemacht.

* * *

Russland braucht eine grundlegende Modernisierung seiner Industriestrukturen und eine stärker diversifizierte Wirtschaft. Anders Åslund (The Moscow Times vom 22. Januar 2013) ist einer der zahlreichen Experten für die russische Wirtschaft; er bedauert, dass es derzeit wohl kaum zu einer Belebung der Wirtschaftstätigkeit und politischen Reformen kommen werde.

Ungeachtet solider volkswirtschaftlicher Daten befürchtet Åslund, dass das Land durch die Anfälligkeit der Wirtschaft, die in weiten Teilen von den Schwankungen des Ölpreises abhängt, der Abhängigkeit Russlands von einer einzigen Person und der weitverbreiteten Korruption auf höchster Ebene schweren Erschütterungen ausgesetzt sein wird. Er kommt auch auf den internen Kampf des Clans zu sprechen, der durch Putin genährt wird, und der auf ehrliche Erklärungen über den Erwerb von Luxusresidenzen im Ausland dringt und Beamten zugleich verbietet, Bankkonten im Ausland zu besitzen. Allerdings müsse Putin vorsichtig vorgehen, um der Elite nicht auf die Füße zu treten (Arkady Moshes FIIA COMMENT 5/2013).

Putins Lage ist äußerst schwierig. Die Welle der Opposition ist abgeklungen, aber die Hauptursachen für den Protest wurden nicht angegangen. Wie Umfragen aus dem Jahr 2012 gezeigt haben, gibt die Mehrheit der Bevölkerung Putin für die Probleme des Landes nun persönlich die Schuld.

Die Befürchtung, nach ihrem Abschied alles zu verlieren, führt offenbar dazu, dass Putin und die herrschende Elite alles daran setzen, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Ein Teil dieses Preises besteht offenbar darin, die auswärtigen Beziehungen zu verschlechtern.

Es ist höchste Zeit, dass Russland institutionelle Bestimmungen erhält, durch die die Nachfolge des höchsten Amtes im Land rechtlich verankert wird. Die Menschen in Russland haben dies verdient – und auch für die internationale Gemeinschaft ist es von ganz entscheidendem Interesse.

Henrik LAX
ALDE, Finland (2004-2009)

Die Rolle des Europäischen Parlaments bei der Förderung der Demokratie und der Menschenrechte: die Wahlbeobachtungsmissionen

Seit zum ersten Mal in der Geschichte eine Delegation von österreichischen, britischen, französischen, preußischen, russischen und türkischen Vertretern im Jahre 1857 die Wahlen in Moldawien und der Walachei beobachteten, hat die internationale Wahlbeobachtung zunehmend an Bedeutung gewonnen, da sie als eine unparteiische und objektive Methode gilt, um den Charakter von Wahlen zum Wohle der Bevölkerung des Landes, in dem diese Wahlen stattfinden, zu beurteilen.

Anfangs wurde die Beobachtung von der UNO gefördert. Später konzentrierte sie sich auf die langfristige Unterstützung von Wahlen, dabei wurden die Aufgaben der Wahlbeobachtung auf regionale zwischenstaatliche Organisationen übertragen (EU, OSZE, OAS). Seit den 90er Jahren hat die EU über 100 Wahlbeobachtungsmissionen weltweit entsendet; diese stellen ein bedeutendes Instrument zur Förderung der Demokratie, der Entwicklung und des Friedens in der europäischen Außenpolitik dar.

Das Europäische Parlament hat aufgrund seiner demokratischen Legitimität (es ist die zweitgrößte demokratische Versammlung der Welt – nach dem indischen Parlament – und das einzige EU-Organ, das direkt von den europäischen Bürgern gewählt wird) ein besonderes Interesse daran, die Demokratie, den Rechtsstaat, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten zu fördern. Seine Wahlbeobachtungsdelegationen stellen ein grundlegendes Instrument dar, um die Legitimität nationaler Wahlverfahren zu stärken, das öffentliche Vertrauen in Wahlen zu erhöhen, Wahlbetrug zu vermeiden und die Menschenrechte zu schützen und so zur Lösung von Konflikten beizutragen.

Die Rolle des Parlaments bei diesen Missionen ist von grundlegender Bedeutung, da der Leiter der Mission nicht nur der wichtigste Sprecher im Hinblick auf die Medien ist, sondern immer auch Mitglied des Parlaments ist. Es wird die Auffassung vertreten, dass Parlamentsmitglieder, die Wahlbeobachtung betreiben, Erkenntnisse und politische Erfahrung beitragen können, welche andere Institutionen nicht besitzen. Das Parlament würdigt in seiner Entschließung 2007/2217 die Rolle, die ehemalige Parlamentsmitglieder bei der Wahlbeobachtung spielen können, und erkennt insbesondere den Verein ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments an.

2001 schuf das Parlament die Koordinierungsgruppe Wahlen und erweiterte ihr Mandat und die Zusammensetzung im Jahr 2012 unter dem Namen Unterstützungsgruppe für Demokratie und Wahlkoordinierung. Diese Gruppe untersucht Fragen zur Organisation, zur Bewertung und zur Überwachung der Wahlbeobachtungsdelegationen. Sie setzt sich außerdem für die Förderung der parlamentarischen Demokratie ein; dies schließt die Ausbildung von Mitarbeitern und von Parlamentsmitgliedern aufstrebender Demokratien mit ein, ebenso die Unterstützung in der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften und die Untersuchung neuer Formen von e-Demokratie (in dieser Entschließung wird darauf hingewiesen, dass die e-Wahl eine entscheidende Rolle bei den Wahlverfahren spielen wird und daraus neue Formen von Wahlbetrug entstehen werden, daher wird die Europäische Kommission ermutigt, angemessene Maßnahmen für eine geeignete Beobachtung dieser Art von Wahlen zu ergreifen).

Das Parlament entsendet, außer in Ausnahmesituationen, nur Wahlbeobachtungsdelegationen in Länder, in denen eine Langzeitbeobachtungsmission besteht, der sie sich anschließen kann,

sei dies eine Mission der EU oder der OSZE. In beiden Fällen trägt die Delegation des Parlaments ihre Schlussfolgerungen gemeinsam mit der Mission vor, wobei sie ihre Unabhängigkeit in der Urteilsfähigkeit und ihre Handlungsfähigkeit als politische Institution bewahrt.

Seit 1994 hat das Parlament über 150 Wahlbeobachtungsdelegationen entsendet. 2012 wurden die Wahlen in Armenien, Algerien, Osttimor, Georgien, der Ukraine und Sierra Leona beobachtet.

Francisca SAUQUILLO
Spain, PES (1994-2004)

Bulgaria

In einer Pressemitteilung vom 24. Januar 2013 befasste sich die Europäische Kommission mit Bulgarien und zwei anderen Mitgliedstaaten, die vor dem Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg verklagt wurden wegen der unvollständigen Umsetzung der Gas- und Stromrichtlinien, die Teil des dritten Pakets der EU für den Strom- und Gasmarkt sind, in nationales Recht.

Die Einhaltung von Mindeststandards in den Bereichen Verbraucherschutz, Versorgungssicherheit und Umweltschutz ist eine der grundlegenden Forderungen dieses Pakets. „Die Energiearmut ist in der Gemeinschaft ein wachsendes Problem. Mitgliedstaaten, die davon betroffen sind, sollten deshalb, falls dies noch nicht geschehen ist, nationale Aktionspläne oder einen anderen geeigneten Rahmen zur Bekämpfung der Energiearmut schaffen, die zum Ziel haben, die Zahl der darunter leidenden Menschen zu verringern. Die Mitgliedstaaten sollten in jedem Fall eine ausreichende Energieversorgung für schutzbedürftige Kunden gewährleisten.“

Es sei darauf hingewiesen, dass der Ausdruck „schutzbedürftige Kunden“ in verschiedenen Dokumenten und Gesetzestexten der Union häufig verwendet, jedoch nicht genauer definiert wird. Der Schwerpunkt liegt mehr auf der Verfügbarkeit von Unterstützungssystemen und den Kategorien für Kunden, die diese in Anspruch nehmen dürfen. Beispiele dafür sind Haushalte mit geringem Einkommen, ältere Menschen, kinderreiche Familien, Menschen mit Behinderung oder in abgelegenen Gebieten usw. Auf der Website des bulgarischen Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus gibt es den Hinweis, dass die Grundsätze der EU-Richtlinien zum Schutz der unter Brennstoffknappheit leidenden Kunden mit den Änderungen des Energiegesetzes umgesetzt werden. „Das sind die Kunden, die Schwierigkeiten haben, für ihren Energieverbrauch zu bezahlen. Die Bedingungen, die ein Kunde erfüllen muss, damit er in diese Gruppe eingestuft wird, wird in einer Verordnung des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik und des Ministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus festgelegt und basieren auf bestimmten Kriterien für soziale Benachteiligung.“

In der Tat kann hier ein integrierter Ansatz aus politischen Maßnahmen der Regierung und sozialer Verantwortung der Unternehmen genutzt werden. Nachfolgend sind einige Beispiele für ein Sicherheitsnetz für „schutzbedürftige Kunden“ im Energiesektor aufgeführt, die keine Verzerrungen der Marktbedingungen nach sich ziehen und somit die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft nicht beeinträchtigen würden:

- * die Energieunternehmen leisten Unterstützung in Form von Nachlässen auf Stromrechnungen;
- * die Energieversorger bieten ebenfalls ermäßigte Tarife an;
- * gemeinsame Maßnahmen der Energieunternehmen und -versorger zur besseren Energieeffizienz und Energieeinsparung; die Energieversorgung wird selbst dann gewährleistet, wenn die Rechnungen nicht bezahlt wurden.

Diese Maßnahmen beruhen auf der Überzeugung, dass die Rechte der Kunden bei einem offenen, wettbewerbsfähigen Energiemarkt geschützt werden sollten (einschließlich der Möglichkeit, den Gas- oder Stromanbieter innerhalb von drei Wochen und ohne zusätzliche Gebühren zu wechseln). Diese Bedingung wird im dritten Energiepaket deutlich hervorgehoben und sollte sowohl bei den nationalen politischen Maßnahmen als auch dem Acquis Communautaire eingehalten werden.

- * Vom Parlament am 21. April 2009 angenommenes Vorschriftenpaket für mehr Wahlmöglichkeiten für die Verbraucher, Investitionen und Versorgungssicherheit.

Mariela Baeva

Mitglied des Europäischen Parlaments 2007-2009; Verfasserin einer Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments zu einer der Richtlinien des dritten Energiepakets; Partner des Programms LEED der OECD

ZEIT FÜR POLITIK IN GROSSEM MASSSTAB

Wenn eine Krise zu Ende geht, kehrt man nie zum Ausgangspunkt zurück. Krisen bringen immer Erneuerung und veränderte Gleichgewichte mit sich.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der es zwischen Politik in kleinem und Politik in großem Maßstab zu unterscheiden gilt. Politik in kleinem Maßstab besteht darin, bekannte Regeln zur Anwendung zu bringen. Unsere Zeit verlangt etwas anderes. Es ist die Zeit, in der Regeln geändert werden, in der sich eine mittelfristige Sicht durchsetzt, in der es auf Kohärenz zwischen Politikbereichen ankommt, in der man über Grenzen hinaus zu blicken hat, in der Brüche vollzogen und Kompromisse eingegangen werden. Es die Zeit für Politik in großem Maßstab.

In der letzten Zeit hat die Europäische Union nicht die Entschlossenheit gezeigt, Zukunftsangelegenheiten mit einer gemeinsamen Strategie in Angriff zu nehmen. Sie zieht es anscheinend vor, sich den Interessen ihrer mächtigsten Mitglieder anzupassen.

Von vielen Seiten wird bereits auf die Gefahr hingewiesen, dass sich der alte Kontinent wieder in seine historische Vergangenheit zurückbewegt, die in langen, schrecklichen Bruderkämpfen zwischen seinen Völkern bestand – siehe aktuelle Erklärungen des dienstältesten Mitglieds des Europäischen Rates, des luxemburgischen Premierministers Jean Claude Juncker, in denen er davon sprach, dass die Dämonen des Krieges nicht weg sind, sondern nur schlafen.

Die Zukunft unseres Kontinents wird am stärksten durch die Gestaltung des Euro-Raums bestimmt.

Die Stabilität des Euro-Raums ist in Bedrängnis und seine Ausgestaltung ist alles andere als ausgewogen. Es gibt kein grundlegendes Konzept für seine Gestaltung. Wir haben es eindeutig mit einer Krise des Staatenbundes zu tun, und es stehen weder föderative Problemlösungen noch föderative Institutionen bereit.

Der Euro-Raum steht vor der grundlegenden Frage, ob eine gemeinsame Währung überhaupt denkbar ist in einem Raum mit derartigen Unterschieden in der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften und mit merklichen Unterschieden in den Kulturen und den Arten der Weltanschauung.

Angenommen, diese Frage ist mit Ja zu beantworten, dann bleibt zu entscheiden, welche Politik und welche Instrumente heranzuziehen sind, damit der Euro-Raum auf der Grundlage von Stabilität und Konvergenz zwischen seinen Mitgliedern funktioniert.

Eine Möglichkeit, das Gewicht der Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der Mitglieder des Euro-Raums möglichst stark zu beschränken, läge darin, eine Art „Handicap“ einzuführen, mit dem die schwächsten Glieder positiv diskriminiert werden, um somit eine fortschreitende Konvergenz zwischen den Volkswirtschaften des Euro-Raums sicherzustellen.

Auch in diesem Punkt ist die Zeit für eine Politik in großem Maßstab gekommen, die Zeit, die Regeln zu ändern. Es wäre sehr wichtig, bestimmte Regeln für den Euro-Raum in Bezug auf die Bestimmungen des Stabilitätspakts zu ändern, beispielsweise dahingehend, dass die Ausgaben für öffentliche Investitionen in den besonders schwach aufgestellten Ländern wenigstens teilweise nicht bei der Berechnung des Haushaltsdefizits der betreffenden Staaten berücksichtigt werden.

Außerdem käme es sehr darauf an, dass die Europäische Union energisch dazu beiträgt, die automatischen Stabilisatoren zur Geltung zu bringen. Warum sollte man nicht einen Fonds für die Unterstützung von Arbeitslosen europäischer Herkunft einrichten, der aus einem Teil der Strukturfondsmittel finanziert wird?

Das wären Signale des Engagements der Europäischen Union für den Erhalt des sozialen Zusammenhalts.

Es wäre eine Möglichkeit für Europa, sich stärker denen zuzuwenden, die am meisten zu leiden haben, eine Möglichkeit, sich von den ausschließlich technokratischen Denkweisen zu lösen, die in jüngster Zeit vorherrschten. Damit würde deutlich gemacht, dass das europäische Projekt lebendig bleibt.

José Albino da SILVA PENEDA
EPP-ED, Portugal (2004-2009)

„Sechs ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments sind derzeit Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA, früher ECOSOC). Es handelt sich um Richard Balfe (Vereinigtes Königreich, vor kurzem ernannt), Jorge Pegado Liz (Portugal), Stéphane Buffetaut (Frankreich), Gianfranco Dell'Alba (Italien), Renate Heinisch (Deutschland) und mich selbst (auch ich stamme aus dem Vereinigten Königreich).

Mit einer Dauer von fünf Jahren entspricht die Mandatsperiode des EWSA mittlerweile der Wahlperiode des Parlaments, die im kommenden Jahr endet. Meines Wissens treten

zahlreiche Mitglieder des Europäischen Parlaments nicht wieder an. Die Mandatsperiode des EWSA läuft noch bis 2015, und ehemalige Parlamentsmitglieder sollten einen Wechsel zum EWSA in Erwägung ziehen, dessen kommende fünfjährige Mandatsperiode im Juni 2015 beginnt. Sie sollten sich möglichst bald darum kümmern, dass eine zivilgesellschaftliche Organisation Ihren Namen an Ihre Regierung weiterleitet!“

BRYAN CASSIDY

BRYAN CASSIDY wurde 2002 zum Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) ernannt. Zuvor hatte sein Schwerpunkt im Europäischen Parlament, dem er 15 Jahre lang (von 1984 bis 1999) angehörte, auf der Arbeit im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (EMAC) gelegen.

2004 übernahm er den Vorsitz der Binnenmarktbeobachtungsstelle des EWSA. Die Entwicklung des Binnenmarktprogramms hat er verfolgt, seit Jacques Delors es 1985 dem Europäischen Parlament vorstellte.

Bryan wurde 2008 Vorsitzender der EWSA-Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion und Verbrauch. Im April tritt er gemäß dem Rotationsprinzip im EWSA von seinem Amt zurück.

Zudem gehört er dem Gemischten Beratenden Ausschuss EU/Türkei und dem Vorstand des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments an.

JORGE PEGADO LIZ

Er gehörte dem Europäischen Parlament 1986/89 als Mitglied der Fraktion der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten an, war stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung und Mitglied der Ausschüsse für Haushaltsangelegenheiten und Petitionen. Zudem gehörte er der Delegation für die Beziehungen zu Australien und Neuseeland an. Er beteiligte sich unter anderem an den Debatten zu den Themen Informationsfreiheit, Rundfunk in der EU, Asyl, Adoption, sozialer Zusammenhalt, Beteiligung von Arbeitnehmern an der Leitung von Unternehmen, Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen, Einheitliche Europäische Akte, Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

Seit 2002 ist er als Vertreter der Verbraucher Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses. Er ist Vorsitzender der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) in Brüssel und Mitglied des Schiedsausschusses für Urheberrechtsstreite in Portugal.

Darüber hinaus war er Berichterstatter für die Stellungnahmen des EWSA zu den Themen Verbraucherrechte, Finanzdienstleistungen, Verbraucherschutz, missbräuchliche Vertragsklauseln, Datenschutz, Urheberrecht, Binnenmarkt, intelligente Regulierung, außergerichtliche Streitbeilegung und Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten, um nur einige Beispiele zu nennen.

RENATE HEINISCH

Meine Interessen und Arbeitsgebiete als Abgeordnete im EP (1994-1999) konnte ich im EWSA weiterführen. Dies betrifft die damalige Mitgliedschaft in den Ausschüssen

- Kultur, Jugend, Bildung und Medien
- Forschung, technologische Entwicklung und Energie
- Ausschuss für die Rechte der Frau
- Ausschuss für Petitionen

und als Vizepräsidentin von

- STOA (Technikfolgenabschätzung beim Europäischen Parlament)
- der Arbeitsgruppe Bioethik der EVP-Fraktion
- Parlamentarischen Intergruppe „Pharmazeutische Produkte“
- der parlamentarischen Intergruppe „Ältere Menschen“

sowie als Mitglied

- von Delegationen zu Litauen/Länder Südamerikas und Mercosur und
- des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Türkei
- Stellvertretendes Mitglied in der Delegation für die Beziehung zu den Ländern Südamerikas und Mercosur

Im EWSA war ich zunächst in den Fachgruppen REX und SOC und konnte die Verbindungen zu LA, Litauen und Türkei weiterführen. Danach wurde ich Mitglied in den Fachgruppen INT und SOC.

Fortgeführte Themen, die weiter im Brennpunkt stehen, sind: u. a.

- Lebensbegleitendes Lernen (Bericht EP 1995) überführend in Lernen für ein langes Leben mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung und intergenerationellen und interkulturellen Lernen
- Arzneimittelpolitik in Zusammenarbeit mit EMEA London und Pharmazeutischen Industrie, Ethische Fragen zur Arzneimittelprüfungen.
- Gesundheitspolitik – gesunde Ernährung, Sport, Drogenpolitik, seelische Gesundheit, Schmerztherapie, Prävention (Gewalt) und Rehabilitation im Blick auf Demographischen Wandel (Stellungnahme zum „Europäischen Jahr aktives Altern und Solidarität der Generationen“ – und Vizepräsidentin der Koordinierungsgruppe
- Forschung für eine Road map for active ageing, Partnerschaften, Bereich Forschung und Innovation
- Gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen und Freiwilligendienst

Als Contact Point des EWSA zur meinem Heimatland Deutschland möchte ich dem EWSA in Deutschland ein Gesicht geben, eng zusammenarbeiten mit den Vertretungen des EP und EC in Deutschland und durch verschiedene Veranstaltungen – auch als Vorsitzende des Elternvereins Baden-Württemberg e.V. – Europa in den Herzen der Menschen wachhalten.

RICHARD BALFE

Von 1979 bis 2004 war ich 25 Jahre lang Mitglied des Europäischen Parlaments, die letzten zehn Jahre davon als Quästor, eine Aufgabe, die mir sehr viel Freude gemacht hat.

Während meiner Zeit im Parlament widmete ich besondere Aufmerksamkeit der Türkei, ich war zwanzig Jahre lang Mitglied oder Stellvertreter in der Delegation und besuchte das Land viele Male. Großes Interesse hatte ich auch an Außenpolitik und Menschenrechtsfragen.

1994 wurde ich Vorsitzender des Pensionsfonds für die Mitglieder des Europäischen Parlaments und habe dieses Amt seither inne. Ich bin Mitglied des Vorstands des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments und besonders für das Demokratieaufbau-Programm zuständig, ich bin stellvertretender Vorsitzender der Initiative Weltweite Demokratie und fungiere als Koordinator für das Programm EP to Campus. Weitere Einzelheiten über diese Programme sind auf der Website der ehemaligen Mitglieder, www.formermembers.eu, zu finden.

GIANFRANCO DELL'ALBA

Zehn Jahre lang – von 1994 bis 2004 – war ich Mitglied des Europäischen Parlaments, wo ich im Entwicklungsausschuss, im Haushaltsausschuss und im Haushaltskontrollausschuss mitgewirkt habe.

Während meiner zweiten Amtszeit gehörte ich zudem der Konferenz der Präsidenten an.

Dank dieser umfangreichen Erfahrung, die ich auch als stellvertretender Vorsitzender und später als Vorsitzender meiner Fraktion gesammelt habe, konnte ich mir ein breites Wissen über die wichtigsten Themen der Gemeinschaft aneignen. Zusammen mit der Erfahrung aus meiner gegenwärtigen Funktion als Leiter des europäischen Büros der Cofindustria, des italienischen Arbeitgeberverbandes, kommt mir dieses Wissen für mein Mandat als Mitglied des EWSA seit Oktober 2010 sehr zugute.

Aufgrund meiner persönlichen Interessen und der Tätigkeitsfelder meiner Arbeit habe ich darum gebeten, den Fachgruppen Binnenmarkt und Außenwirtschaftsbeziehungen zugeteilt zu werden, wo ich mich aktiv an den Sitzungsarbeiten und den Tätigkeiten der Arbeitsgruppen zu spezifischen Fragestellungen beteilige.

Darüber hinaus bin ich Mitglied der Gruppe I.

Für mich ist es ein Privileg, Mitglied des Europäischen Parlaments gewesen zu sein und nun Mitglied des Wirtschafts- und Sozialausschusses sein zu dürfen, denn dies gestattet einen Überblick über die dynamische Funktionsweise der Europäischen Union und ermöglicht die bestmögliche Nutzung der eigenen Kompetenzen in dem Bestreben, die im Laufe all dieser Zeit angesammelten Ideen und Überzeugungen umzusetzen.